Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 12. November 1878. Nr. 530.

Deutschland.

** **Berlin**, 11. November. Meine neuliche Mittheilung über eine veränderte Eintheilung der Ministerial-Geschäftskreise bedarf insofern noch einer Vervollständigung, als dabei der Uebergang des Gewerbeschulwesens an das Kultusministerium, von welchem schon früher die Rede war, nicht wieder ausdrücklich erwähnt worden. Das könnte jedoch die Meinung hervorrufen, es sei in den betreffenden Absichten eine Veränderung eingetreten und daher sei hier besonders bemerkt, daß solches nicht der Fall ist.

Die „Germania" hat bei ihrer jetzigen Kampagne in der deutschen Presse nur einen Helfer und Mitkämpfer gefunden, nämlich die „Frankf. Ztg." Wenn es überhaupt noch eines Beweises bedürfte, daß die Bedeutung des Centrums vor Allem in seiner Feindschaft gegen den Bestand und die Befestigung des deutschen Reiches liegt, so würde er in dieser Freundschaft zu finden sein. Die „Germania" wird selbst zugeben, daß sie und das Centrum sich die Sympathie des Sonnemann'schen Blattes nicht um Vertheidigung des katholischen Glaubens willen zu erfreuen habe.

Durch Verfügung des Kultusministers sind mit Rücksicht auf die Nachtheile, welche durch willkürliches Versäumen des mündlichen Prüfungstermins Seitens der Lehramtskandidaten erwachsen, die Prüfungskommissionen autorisirt werden, mit der zweiten Vorladung zur mündlichen Prüfung die Erklärung zu verbinden, daß, wenn nicht entscheidende Gründe für die Versäumniß vorliegen, welche dann jedenfalls rechtzeitig angezeigt werden müssen, dieselbe das Erlöschen der im Gange befindlichen Prüfung zur Folge habe. Es muß alsdann eine vollständig neue Prüfung nach den gesetzlichen Vorschriften beginnen.

Im zweiten Quartal d. J. waren auf 110 preußischen Seminaren 8125 Zöglinge, darunter 5279 interne und 2846 externe. Nach dem etatsmäßigen Plane können in den Seminaren 8945 Zöglinge Aufnahme finden; weder die Vermehrung der Präparanden-Anstalten, noch der stärkere Andrang zum Lehrfach, welcher sich in den letzten Jahren allerdings gezeigt hat, haben bis jetzt die Lücke ausgefüllt, die noch für 820 Zöglinge Raum läßt. Seit 1876 ist die Zahl der Seminaristen um 926 gestiegen.

Im September d. J. wurden auf 57 größeren deutschen Bahnen an fahrplanmäßigen Zügen befördert 12,334 Kourier- und Schnellzüge, 78,355 Personenzüge, 37,770 gemischte Züge und 65,567 Güterzüge; an außerfahrplanmäßigen Zügen 3317 Kourier-, Personen- und gemischte Züge und 30,669 Güter- und Arbeitszüge. Von den 128,459 fahrplanmäßigen Personenzügen verspäteten sich 1694. Von diesen Verspätungen wurden 920 durch das Abwarten verspäteter Anschlußzüge hervorgerufen.

Berlin, 11. November. Ueber den Empfang Sr. Majestät des Kaisers bei seiner Ankunft in Wiesbaden schreibt der „Rhein. Courier" unterm 9. November:

Schon seit Tagen waren emsige Hände beschäftigt, die Häuser und Straßen der Stadt zu schmücken und so prangt denn heute unsere „Taunusperle" im schönsten Festgewande. Bei der Ausfahrt aus der Rheinbahnstraße nach der Rheinstraße erheben sich von dem aufs Geschmackvollste mit Tannenreis-Guirlanden dekorirten kaiserlichen Postgebäude an hohe venetianische Masten mit einem dem ankommenden Kaiser zugekehrten „Willkommen", mit Fahnen, Flaggen, Wappenschildern geschmückt und mit Kreuzbögen von Tannengrün unter sich verbunden; die Wilhelmstraße ist entlang dem Trottoir bis zum Theaterplatz in ähnlicher Weise reich geschmückt und jedes ihrer stattlichen Gebäude von den Bewohnern mit Guirlanden geziert; besonders reichen Schmuck hat die Burgstraße angelegt mit ihren kreuzweise gezogenen Tannengewinden und den Kränzen an den Häusern. Am Eingange von der Burgstraße zum freien Platze vor dem kaiserlichen Palais erhebt sich ein imposanter, ca. 12 Meter hoher, 13½ Meter breiter, in römischem Baustil gehaltener Triumphbogen mit einer Lichtweite von 6½ und einer lichten Höhe von 9⅔ Metern. Das Ganze imitirt einen monumentalen Steinbau, dessen architektonische Gliederungen durchweg aus Guirlanden hergestellt sind. Der Triumphbogen ist reich mit Flaggen und Fähnchen in den preußischen, deutschen, nassauischen und den Farben sämmtlicher deutschen Bundesstaaten, sowie mit Wappenschildern geschmückt; das Ganze wird überragt von der deutschen Kaiserkrone, auf deren Sockel der Namenszug des Kaisers angebracht ist. Und da unser erhabener Heldenkaiser seinen unverwelklichen Siegeslorbeeren den nicht minderen Ruhm eines Friedenstifters der Nationen hinzugefügt, grüßen ihn als Friedenssymbole aus den 4 Nischen der Pylonen 4 überlebensgroße Statuen, Kunst, Wissenschaft, Handel und Industrie darstellend.

An den Triumphbogen schließt sich eine den ganzen Markt begrenzende Dekoration von 15 Meter hohen venetianischen Masten, mit Wimpeln und Wappenschildern geschmückt und durch Tannenreisgewinde unter sich verbunden; auch das alte Rathhaus ist, reich mit Guirlanden geziert, in die Dekoration mit hineingezogen und sämmtliche Privathäuser am Marktplatz haben elegante Toilette gemacht, so daß der Platz durchweg ein recht festliches Gepräge trägt. Von sämmtlichen öffentlichen Gebäuden und von der evangelischen Hauptkirche wehen Fahnen und viele Privathäuser in den anderen Straßen sind mit Kronen, Kränzen, Gewinden und Tannenbäumen festlich geschmückt, die Schaufenster einzelner größerer Geschäftslokale haben geschickte Hände mit Topfpflanzen, Blumen, Kränzen und der lorbeerumkrönten Büste des Kaisers sinnig und elegant dekorirt. Einen wirkungsvoll abschließenden Rahmen um die festgeschmückte Stadt bilden endlich die stattlichen Villen und Landhäuser, die fast sämmtlich zu Ehren des höchsten Gastes ihre Flaggen gehißt haben.

Von 2 Uhr Nachmittags an begann ein reges Treiben in der Stadt. Eine kolossale Menschenmenge hatte sich in den von der Bahn direkt nach dem Palais führenden Straßen zu beiden Seiten aufgestellt. Sämmtliche gesellige Vereine, die Kriegervereine und die Feuerwehr bildeten Spalier; ein leichter Regen hinderte nicht den wachsenden Aufschwung freudiger Erregung. Um 4 Uhr 10 Minuten traf der Kaiser, von Koblenz kommend, ein; trotz der ungünstigen Witterung verließ der Kaiser den Bahnhof im offenen Wagen. Ein Adjutant begleitete ihn. Schallende Hurrahs begrüßten den Monarchen. Er erwiderte mit gewohnter Freundlichkeit. Das Aussehen des Kaisers ist vortrefflich. Unter dem Jauchzen der Menge fuhr der kaiserliche Zug in das Palais. Die Stadt hat sich inzwischen in ihrem Fahnenschmucke vervollkommnet.

Einem Privatbriefe vom 10. November entnehmen wir Folgendes: „Gestern Nachmittag ist der Kaiser beim prächtigsten Aussehen hier eingetroffen. Es war eine Freude, ihn zu sehen. Ueberall stürmischer Enthusiasmus, der den Kaiser sichtlich erfreute, und den er durch liebenswürdige Grüße erwiderte.

— Die „Nat.-Ztg." schreibt: Das Eintreffen des Kaisers in Wiesbaden, umjubelt von einer dichtgedrängten enthusiastischen Volksmenge, bezeichnet nach allgemeiner Annahme den Beginn der letzten Periode vor der Wiederaufnahme der Regierung durch den Kaiser. Nachdem die Rückkunft nach Berlin zuerst für Anfang Oktober, dann für Anfang November in Aussicht genommen war, erhält sich die Mittheilung in Kraft, daß das Eintreffen des Kaisers am 4. oder 5. Dezember stattfinden werde. Daran würde sich, wie glaubhaft versichert wird, die vollständige Aufnahme der Regierung durch den Kaiser schließen; der Fortbestand der Stellvertretung für einzelne Zweige der Staats-Verwaltung, wie einzelne Stimmen in Aussicht stellen wollten, war entweder nie ernstlich in Aussicht genommen oder scheiterte an den inneren Schwierigkeiten einer solchen Trennung der souveränen Gewalt.

Während wir jenem merkwürdigen Tage entgegengehen, an welchem der Kronprinz die ihm unter den traurigsten Verhältnissen übertragene Ausübung der Regierungsgewalt in die Hände des genesenen greisen kaiserlichen Vaters zurücklegen kann, bereitet sich auch die ordentliche parlamentarische Session des Jahres vor. Den Reigen wird am 19. der preußische Landtag eröffnen. Die Veränderungen in den Ministerialressort-Verhältnissen, die wiederholt vorgeschlagen werden sollen, sind diesmal der außerordentlichen Nebenumstände entkleidet, an welchen sie in erster Linie scheiterten. Einer eingehenden sachlichen Prüfung steht diesmal Nichts im Wege. Die Ordnung der preußischen Finanzen werden den Hauptgegenstand der Betrachtungen des Landtages abgeben; das Extraordinarium und zwar das ordinäre wie das extraordinäre Extraordinarium — nämlich die ganz unvorhergesehenen Ausgaben und die Ausgaben, welche die Staats-Verwaltung regelmäßig nur nicht immer an gleicher Stelle mit sich bringt, — sollen durch eine Anleihe im Betrage von etwa 70 Mill. Mark gedeckt werden. Die eigentliche Heilung des Defizits wird aber von dem Reichstage erwartet werden müssen und auf diese geldspendende Quelle hofft nicht nur das preußische, sondern u. A. auch das bairische Defizit und noch viele andere im deutschen Reich, verschleierte und unverschleierte.

Die Frage der Steuern, verschwistert mit der Frage der Zölle, liegt daher allerseits im Hintergrunde deutscher Politik. Die Interessen und Interessenten rühren sich mit zunehmender Energie. Vergessen darf ein Reich, welches ein Sozialistengesetz einführte, gewiß am wenigsten, daß von allen Interesen das der großen Masse das allererste und vor allen anderen zu berücksichtigen sei. Die Pläne, welche behufs Steuer- und Zollreform gemacht werden, sollten diesen Punkt nie außer Augen lassen; sie würden sonst gefährliche Konsequenzen haben müssen.

In der auswärtigen Politik leitet sich die Woche durch eine Reihe bemerkenswerther Kundgebungen ein. Kaiser Franz Joseph hat sich gegenüber den Delegationen bezüglich Bosniens und der Herzegowina die Worte Mac Mahons angeeignet: j'y suis et j'y reste — hier bin ich und bleib' ich. Lord Beaconsfield seinerseits läßt Rußland in sehr freundlichen, aber sehr bestimmten Worten die Aufforderung zugehen, sich des genauen Wortlautes des Berliner Vertrages zu erinnern. Da England das Protektorat über die Türkei übernommen hat und nicht blos über die asiatische, so heißt jene Aufforderung im Wesentlichen nichts Anderes als: Gehen Sie, damit ich eintrete. Der Berliner Vertrag, den Manche schon zu den Todten werfen wollten, ist im Augenblick jedenfalls soweit lebendig, daß Alle sich auf ihn berufen, Kaiser Franz Joseph, Lord Beaconsfield und schließlich auch Rußland, das in einer Reihe offizieller Mittheilungen die strenge Erfüllung jenes Vertrages zusagt. Diese beruhigenden Erscheinungen treffen zeitlich in solcher Weise mit der Rückkehr des Grafen Schuwalow von Livadia nach London zusammen, daß es den Anschein gewinnt, als sei der russische Diplomat zum zweiten und dritten Mal der Friedensbote gewesen.

In der französischen Deputirtenkammer haben wieder einmal parlamentarische Stürme gewüthet, immer noch hat die republikanische Mehrheit mit den Wahlen, die unter der Herrschaft der Regierung des 16. Mai vollzogen wurden, nicht abgetheilt. Die 74. und 75. Kassirung der Wahl von Mitgliedern der geschlagenen Partei hat sich mit einem selbst in der heißblütigen französischen Kammer ungewöhnlichen Aufwand von Skandal vollzogen. Manche Stimmen stellen eine Verschärfung des Gegensatzes zwischen der republikanischen Regierung und den klerikalen Tendenzen in Aussicht.

Im deutschen Kulturkampf ist die Kundgebung der „Prov.-Korr." mit dem Peletonfeuer der gesammten klerikalen Presse Deutschlands beantwortet worden. Die Adresse, an welche der Artikel gerichtet war — Rom — hat wenigstens für die Oeffentlichkeit noch nicht geantwortet.

Ausland.

Paris, 9. November. Die Nachricht, daß einer der Adjutanten des Marschalls von Mac Mahon dem Deputirten Paul de Cassagnac wegen der von demselben auf der Tribüne der Kammer ausgesprochenen Schmähungen des Präsidenten der Republik eine Forderung auf Pistolen zugesandt habe, hat sich nicht bestätigt, aber es ist thatsächlich, daß der betreffende Offizier nur mit Mühe dazu bestimmt worden ist, einen solchen unüberlegten Schritt aufzugeben. Uebrigens sollen die Minister keinen Anstand genommen haben, den Marschall von den wiederholten beleidigenden Aeußerungen des Herrn von Cassagnac und den verschiedenen zustimmenden Unterbrechungen mehrerer anderer bonapartistischen Deputirten in Kenntniß zu setzen, und das um so mehr, als sie zugleich dem Präsidenten der Republik die rächende Phrase des republikanischen Deputirten Floquet unterbreiten konnten. In Versailles wurde heute aber erzählt, daß der Marschall einen seiner Ordonnanz Offiziere an Herrn Floquet gesandt habe, um demselben seinen Dank auszudrücken.

Die Linke des Senats hat sich jetzt über die Kandidaten geeinigt, welche sie am Freitag bei der Wahl von drei lebenslänglichen Senatoren aufstellen will, den Grafen von Montalivet, ehemaligen Hausminister Louis Philipps, der sich in seinem achtzigsten Jahre zur Republik bekehrt hat, General Gresley, ehemaligen Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, und Alfred André, ehemaliges Mitglied der Nationalversammlung und gemäßigter Republikaner mit einem fürstlichen Vermögen. Die Rechte hat sich bis heute noch nicht über ihre Kandidaten geeinigt. Der Sieg liegt dieses Mal noch in den Händen der kleinen Gruppe der Konstitutionellen, die aber schwerlich für die Kandidaten der Linken stimmen werden, da die Republikaner gegen sämmtliche Konstitutionelle, welche am 9. Januar einer Neuwahl unterliegen, eigene Kandidaten aufstellen.

Der Bericht des Herrn Spuller, Deputirten von Paris und Chefredakteur der „République Francaise", über den Etat des auswärtigen Amtes liegt heute gedruckt vor; wie bereits mitgetheilt, erhellt aus demselben, daß eine vollständige Uebereinstimmung zwischen der Budgetkommission und dem Minister des Aeußern, Herrn Waddington, erzielt worden ist. Die Summe des Etats beträgt (circa 230,000 Frcs. mehr als im vor. J.) 12,839,300 F., d. h. etwa 5 Millionen mehr, als der Etat des auswärtigen Amtes im Budget des deutschen Reiches aufweist. Die durch die verschiedenen Stipulationen des Berliner Vertrages nothwendig gewordenen Veränderungen in der Vertretung Frankreichs im Oriente sind in dem diesjährigen Etat vorgesehen. In Rumänien wird aus dem General-Konsulate eine Legation mit einem bevollmächtigten Minister als Chef, der 50,000 Frcs. beziehen soll; in Belgrad wird ein „chef de mission politique" mit 30,000 Frcs. Gehalt residiren und in Cettinje (Montenegro) ein Geschäftsträger, für den 20,000 Frcs. ausgeworfen sind. Für Bulgarien wird ein diplomatischer Agent ernannt, der in Sofia seinen Aufenthalt nimmt und 20,000 Frcs. Gehalt bezieht, und in Philippopel, der Hauptstadt des östlichen Rumeliens, wird ein Konsulat errichtet, das mit 16,000 Frcs. dotirt ist; endlich werden in Rustschuk, Widdin, Varna und Bourgas Vicekonsulate etablirt, deren Titulare 8000 bis 10,000 Frcs. erhalten.

Provinzielles.

Stettin, 12. November. Das Unterrichts-Ministerium hat einen Organisations- und Lehrplan für eine staatliche „evangelische Präparandenanstalt" aufstellen lassen. Es wird darin betont, daß „jetzt auf Selbstthätigkeit im Beobachten und Denken und auf zusammenhängendes, korrektes, wohlartikulirtes und fließendes Sprechen großer Werth gelegt wird." Als Aufgabe der Anstalt wird es bezeichnet, die eine sichere Grundlage für die Fachbildung des Volksschullehrers abgebende allgemeine Bildung zu gewähren. „Es ist eine möglichst gleichmäßige Ausbildung der Kräfte zu erstreben und gute Gesittung, vaterländischer Sinn und aufrichtige christliche Frömmigkeit bei den Zöglingen zu fördern."

— Die Quartett-Soireen der Herren Knoop, Höhne, Kunde und Krabbe, welche jeden Mittwoch Nachmittag im Wolff'schen Saale stattfinden, erfreuen sich immer mehr der Gunst des musikliebenden Publikums, und mit Recht, denn die Herren leisten ganz Vorzügliches und die Auswahl des Programms ist stets eine gelungene zu nennen. Morgen, Mittwoch, wird zum ersten Male unter Mitwirkung des Herrn Plüschke auch ein Quintett (v. Beethoven, E-dur Op. 4) zu Gehör gebracht und wollen wir nicht unterlassen, auf diese Soiree hier noch besonders aufmerksam zu machen.

— Der Arbeiter Gustav Splinter steht bei Herrn Kaufmann Brause, Roßmarkt 6, als Hausdiener in Dienst und hat auch den Auftrag, darauf zu sehen, daß sich Niemand unbefugt im Hausflur aufhält. Schon wiederholt hatte er deshalb den Fleischergesellen Paul Joh. Eduard Zechinota, welcher in dem Hause ein zärtliches Verhältniß hatte, vom Flur gewiesen, doch immer ohne Erfolg. Auch am Sonntag Abend traf er denselben wieder an und verbot ihm den Aufenthalt im Flur; anstatt jedoch zu gehen, versetzte Zechinota dem Splinter einen tiefen Messerstich in den Kopf, so daß dieser eine schwere Verletzung davontrug.

— Gestern, in den Morgenstunden von 4—6 Uhr, wurde von Dieben das Entrée des Bäckermeisters Schmock im Hinterhause Junkerstraße 12 geöffnet und aus einem unverschlossenen Spinde dem Bäckergesellen Kellner ein grauer Handkoffer, in welchem sich außer Wäsche eine Cylinderuhr (Nr.

45) und ein Drahtbeutelportemonnaie mit 30 M. Inhalt befand, dem Lehrling Strackfeldt verschiedene Garderobenstücke und dem Arbeiter Zickinalo Garderobe und ein Portemonnaie mit 2,30 M. gestohlen.

— Am 25. Oktober wurden Herrn Sellnow, gr Lastadie Nr. 31 part., aus einem verschlossenen Spinde zwei Winterüberzieher, mehrere Röcke, Stiefel u. s. w. gestohlen, die der Dieb wahrscheinlich sämmtlich in eine gleichfalls mitgenommene Tischdecke packte. Als der That dringend verdächtig erscheint ein Individuum, das sich für einen Matrosen Berg ausgab und daselbst in Schlafstelle lag. Derselbe hat einen rothen Bart, volles Gesicht, hoh-blonde Haare. Da derselbe auch in Swinemünde einige Spuren seiner Thätigkeit zurückgelassen hat und zu befürchten steht, daß derselbe entweder hier, wo derselbe auch noch nach der That gesehen worden sein soll, oder doch in benachbarten Städten sein Wesen treibt, so wird es sich sicher empfehlen, auf der Hut zu sein und womöglich die Verhaftung desselben zu veranlassen.

— Wie man uns mittheilt, fühlen sich einzelne Mitglieder des „liberalen Wahlvereins" über unsere letzte Apostrophe an denselben verletzt. Nun, auch wir wissen recht wohl, daß die Herren, die dem genannten Vereine angehören, keineswegs alle in einen Topf zu werfen sind. Wenn aber ein Mitglied des liberalen Wahlvereins in der Art und Weise, wie dies Herr Aron gethan, den Führer der Bürgerpartei angreift, wenn der liberale Wahlverein ferner, wie man hört, diesen Angriff auf seine Kosten drucken läßt, wenn derselbe endlich alle die Herren zu seinen Mitgliedern zählt, von denen ein offenkundiges Geheimniß zu erzählen weiß, daß sie die Verfasser aller anonymen Schandartikel und Gedichte im General-Anzeiger sind, dann braucht sich der liberale Wahlverein eben auch nicht zu wundern, wenn demselben mit gleicher Münze heimgezahlt wird.

— Bei Majestäts-Beleidigungen ist, nach einem Erkenntniß des Ober Tribunals vom 25 Oktober d. J., die Absicht, zu beleidigen, nicht erforderlich, vielmehr genügt das Bewußtsein von dem den Aeußerungen beiwohnenden ehrenkränkenden Charakter.

— Ueber die Nachtheile einer zu starken Zimmerheizung sagt Professor Dr. Reklam: Wer die Zimmerwärme über 15 Gr. Reaumur erhöht, wird bald merken, daß sein Wärmebedürfniß sich stets steigert und werden ihm bald 17, ja 20 Grad nicht mehr genügen. Der Grund hiervon ist folgender: Bei andauernd starkem Heizen trocknen die Wände, sowie die im Zimmer befindlichen Gegenstände aus. Je mehr sie ihre Feuchtigkeit verlieren, um so mehr saugt die trockene Luft die Feuchtigkeit da auf, wo sie dieselbe fast nur noch allein findet, nämlich — bei den Menschen. Die unmerkliche Ausdünstung der Haut und der Lunge wird gesteigert. Da nun die Verdunstung von Feuchtigkeit uns viel Wärme entzieht, so wird durch die gesteigerte Ofenwärme allmälig auch das Wärmebedürfniß gesteigert, — und der Ofen erscheint uns alsdann als der beste Freund, ist in Wirklichkeit aber unser ärgster Feind, — denn in der erhöhten Zimmerwärme düusten auch alle anderen Gegenstände mehr aus und die Luft wird verschlechtert. In der warmen Luft athmen wir unser nothwendigstes Lebensbedürfniß, den Sauerstoff, weniger ein und der Stoffwechsel wird langsamer und geringer; der Appetit mindert sich, es tritt mürrische Stimmung ein, der Schlaf wird kurz und unruhig, alle Verrichtungen des Körpers lassen zu wünschen übrig. Da haben wir das trübende Bild der meisten Stubenmenschen im Winter! Nur diejenigen, welche ihrem Ofen niemals gestatten, die Luft über 15 Grad zu erwärmen, sind diesem Leiden nicht unterworfen.

Greifswald, 9. November. In der verflossenen Nacht gegen 2 Uhr ist in dem Dorfe Upatel in dem Wohnhause des Büdners und Dachdeckers Bünzow Feuer ausgebrochen, wodurch das Gebäude vollständig zerstört ist; ein Pferd ist in den Flammen umgekommen; das in dem Stall- und Scheunengebäude befindliche Vieh ist gerettet. Das Feuer ist auf der Dachseite der leer stehenden Miethswohnung, welche von dem bisherigen Inhaber gestern Mittag geräumt ist, zuerst bemerkt; die Entstehungsursache ist bisher nicht bekannt geworden, doch kann möglicherweise die Schadhaftigkeit des Schornsteins dazu Veranlassung gegeben haben. — Das Haus ist bei der Neuvorpommerschen Feuer-Sozietät für Gebäude in Stralsund mit 3300 Mark, das Mobiliar in Greifswald bei der Mobiliar-Brand-Versicherungs-Gesellschaft versichert.

Barth, 10. November. Der hiesige Krieger-Verein hat den Gedanken, eine freiwillige Feuerwehr zu gründen, mit Eifer ergriffen. Schon haben sich mehr als 40 Mitglieder zum Eintritt in dieselbe bereit erklärt. An einige Feuer-Versicherungs-Gesellschaften ist die Anfrage gerichtet worden, ob man auf einen freiwilligen Beitrag rechnen dürfe. Bis jetzt hat die Aachen-Münchener einen solchen in Aussicht gestellt. — Gestern war der Branddirektor, Herr Kühn aus Greifswald, hier anwesend, hielt im Krieger-Verein Vortrag, besichtigte sodann das vorhandene städtische Löschmaterial und äußerte sich eingehend über die größere oder geringere Tauglichkeit desselben. Der freiwilligen Feuerwehr dürfte vielleicht von unserem Magistrate, welcher sehr bereitwillig entgegenkommt, eine jetzt im Bau befindliche neue Spritze zugewiesen werden.

Wolgast, 10. November. Die seitens der königlichen Regierung in Stralsund verhängte Beschlagnahme über das Anfangs August d. J. von der dänischen Galeas „Elise", Kapt. Simonsen, bei Peenemünde durch die Schuld des betreffenden Lootsen in den Grund gebohrte, demnächst aber auf Staatskosten wieder gehobene und nach hier transportirte Fahrzeug „Alwine", Kapt. Heß, von der, ist nunmehr in Folge einer Verwendung seines des 2c. Heß bei dem königlichen Handels-Ministerium aufgehoben, und das beschädigte Fahrzeug unter Niederschlagung der Kosten für die Hebung desselben dem Eigenthümer zurückgegeben worden.

Stadt-Theater.

„Fiesko", oder „Die Verschwörung zu Genua". Ein republikanisches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.

Nachdem vor wenigen Tagen uns Schillers „Maria Stuart" über die Bühne gegangen war, folgte gestern zur Gedächtnißfeier des Geburtstages unseres größten deutschen Dichters (10. Nov. 1759) „Die Verschwörung des Fiesko zu Genua". Während jenes uns den Dichter in glänzendster Entfaltung seines überaus reichen Talents zeigt, es aus einer Zeit stammt, die Schillers beste Geisteserzeugnisse schuf, und ihn zum bedeutendsten nationalen Dichter machte, gehört dieses noch seinen Jugenddichtungen an und leidet unter der Zeit der Sturm- und Drangperiode an mannigfachen Uebertreibungen und gesuchten Effekten, die indessen das göttliche Genie des damals erst vierundzwanzigjährigen Jünglings nur um so klarer und leuchtender erkennen ließen. Von der glühendsten Freiheitsliebe entflammt, suchte er, gleichwie durch „Die Räuber", auch durch „Fiesko" seine Unzufriedenheit mit den bestehenden Zwangszuständen auszudrücken und die einzige Rettung und Befreiung von denselben in republikanischen Verfassungen hinzustellen. Daß er bei diesem Prinzip sich, bei Behandlung des ihm vorgelegenen Stoffes, nicht allzu ängstlich an den Boden positiver historischer Wahrheit klammerte, wir dem mit einer reichen, fruchtbar schaffenden Fantasie ausgestatteten jugendlichen Dichter nicht zu verargen, konnte der unmodulirte nackte Thatbestand doch unmöglich eine nennenswerthe Wirkung erzielen.

Die Aufführung war recht befriedigend. Herr Brüning gab den jungen, gewandten, stolzen und ehrgeizigen „Grafen von Lavagna" mit vielem Anstand und edler Auffassung. Ueberall herrschte das richtige Maß der höfischen Ritterlichkeit wie der tiefen, innigen Empfindung vor, dabei aber auch nicht den Ton kalter egoistischer Berechnung außer Acht lassend. Durch ein recht lebhaftes und künstlerisches Spiel, eine höchst zutreffende Vertheilung von Witz und Verschlagenheit, von Haß und Halunkerei in Sprache und Bewegung wußte Herr Grünberger seinem Part als Mohr von Tunis ein wachsendes Interesse beizulegen und somit seine Leistung zu einer wahrhaft prächtigen zu erheben. Gleich gut nach verschiedenen Richtungen waren der „Vereina" des Herrn Linzen und der „Bourgognino" des Herrn Müllner. Dagegen mißfiel uns gänzlich der „Gianettino Doria" des Herrn Engelsdorff. Er schien den von Schiller an seinen Part gestellten Anforderungen: Rauh, anstößig, bäurisch-stolz, ein wenig zu sehr und natürlich nachgekommen zu sein, wenigstens ließ nur der „Theaterzettel" ihn als einen herrschsüchtigen Prätendenten erkennen. Die Damen Frl. Warczawska, Frl. Frenzel und Frl. Friedhoff boten wieder recht Erfreuliches und Zufriedenstellendes. Fieskos Gemahlin konnte schwerlich eine bessere Vertreterin finden, als sie ihr durch Frl. Warczawska wurde. In äußerer Erscheinung dieser Rolle ganz entsprechend wußte sie durch ihr biegsames, ansprechendes Organ in ihre Worte so viel Hingebung und Milde einerseits, als Ironie und Feuer andererseits zu legen, daß sie ihre Aufgabe durchaus vortrefflich löste. Frl. Frenzel gab die stolze und kokette Gräfin Julia sehr zutreffend und wußte auch durch äußere Mittel dem ihr zugefallenen Charakter zu entsprechen. Ergreifend wirkte das tief empfundene Spiel und der hingebende Ton des Frl. Friedhoff als „Bertha." Die Regie des Herrn Richter wie die Ausstattung des Stückes war eine recht lobenswerthe, leider wies das Haus auf den besseren Plätzen, besonders dem ersten Rang, eine klaffende, erschreckende Leere auf.

H. v. R.

Vermischtes.

— Wir haben neulich über einen Vortrag des Professors Reuleaux im „Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes" über ein neues Verfahren, den Transport frischen Fleisches von Amerika nach Europa betreffend, berichtet. Wir theilen über die Ausfuhr selber folgende interessante Angaben mit. Während 1875 von Newyork, Philadelphia, Boston nach England, Schottland und Frankreich nur 206,000 Pfund frischen Fleisches zum Werth von 16,300 Dollars exportirt wurden, stieg der Export 1876 bereits auf 20,256,195 Pfund im Werthe von 1,771,088 Dollars; im Jahre 1877 betrug der Export schon 56,824,707 Pfund im Werthe von 5,356,365 Dollars, d. h. das Pfund kostete 9,42 Cts. oder 37 Pf. pro Pfund; im ersten Quartal 1878 beläuft sich die Ausfuhr bereits auf 15,185,525 Pfund (gegen 14,233,315 Pfund in derselben Periode des Vorjahres) im Werthe von 1,381,062 Dollars, d. h. 9,07 Cts. oder 35 Pf. pro Pfund. Das für den Seetransport bestimmte Fleisch wird sämmtlich in Verschiffungshäfen ausgeschlachtet und für die Seereise vorbereitet; zur Verwendung kommt nur Vieh von Prima-Qualität und wiegt, wenn vorgerichtet, 800 Pfund pro Stück. Es ist heimisch in den Staaten Kentucky, Ohio, Illinois, Indiana, Missouri und Jowa. Was die geschäftliche Seite des verhältnißmäßig noch neuen Unternehmens betrifft, so kann jetzt schon gesagt werden, daß dasselbe sich als lebensfähig und bereits lohnend sich erwiesen hat. Allerdings geriethen die ersten Unternehmer meist in Konkurs und mußten das Geschäft aufgeben, weil bei den unvollkommenen Einrichtungen das Fleisch oft in verdorbenem Zustand in England ankam, andererseits versuchten die englischen Schlächter in Verbindung mit den Viehhändlern aus geschäftlichen Interessen den importirten Artikel bei den Konsumenten durch möglichst unvortheilhafte Behandlung in Mißkredit zu bringen. Jetzt sind aber diese Schwierigkeiten überwunden und die Ladungen sind meist vor der Ankunft im Bestimmungshafen verkauft.

Außer dem Haupt-Exporthafen Newyork begann auch Philadelphia 1876 und Boston 1877 sich an diesem Geschäft zu betheiligen. Ferner fanden Verhandlungen noch statt von Portland im Staate Maine und Montreal in Kanada. Im November 1877 begannen auch die Verschiffungen nach Frankreich, und werden die Dampfer der Compagnie generale transatlantique nach und nach mit Kühlapparaten (System Bate) versehen; eine besondere Ausdehnung des Geschäfts dorthin erschwert aber der Einfuhrzoll von $^3/_4$ Cents pro Pfund für Frankreich und noch 1 Cent pro 1 Pfd. Octroi für die Stadt Paris. Interessant ist es auch, zu sehen, wie erheblich die Zahl der Dampfer ist, die lediglich dem Fleischtransport zwischen Amerika und Europa dienen. Von Newyork fahren zu dem gedachten Zweck: 1) nach Liverpool 3 Dampfer der White-Star-Line, 5 Dampfer der Williams- und Guion-Line, 5 Dampfer der National-Line, 4 Dampfer der Inman-Line, 3 Dampfer der Cunard-Line; 2) nach London 4 Dampfer der National-Line, 1 Dampfer der Anchor-Line; 3) nach Glasgow 6 Dampfer der Anchor-Line; 4) nach Havre 2 Dampfer der Compagnie generale transatlantique. Von Philadelphia nach Liverpool fahren ferner 5 Dampfer der American-Line und von Boston nach Liverpool noch 2 Dampfer der Cunard-Line; im Ganzen 45 Dampfer mit 72 Kühlungsapparaten, wovon 44 nach dem System Bate, 16 nach Craven, 7 nach Bray und 5 nach Banta sind. Den größten Antheil an dem Totalexport frischen Fleisches nach Europa hat Herr Timothy C. Eastmann in Newyork; derselbe geht auch mit der Absicht um, eine Ladung frischen Fleisches versuchsweise nach einem deutschen Hafen zu senden.

Für den Transport von frischem Fleisch, Früchten 2c. hat man in Amerika besondere Refrigerator Cars (mit Kühlungsapparaten versehene Eisenbahnwagen); die Kenntniß derselben wird auch für Deutschland von Bedeutung sein, da ohne ein ausgebildetes System der Beförderung in Kühlwagen der Handel mit amerikanischem Frisch-Fleisch nicht durchführbar sein würde. Von den vielen patentirten Systemen ist das bedeutendste das der Tiffany Refrigerator Car Company in Chicago. Ihre Eisenbahnwagen laufen von und nach den verschiedensten Punkten des Landes, z. B. zwischen Los Animos in Colorado und Chicago und zwischen Chicago und Boston. Der Frachtraum beträgt in der Regel 34 Cmtr.; der Wagen ist inwendig 8,5 Meter lang, 2,2 Meter breit und 1,8 Meter hoch und können in demselben zur Zeit 12 Tonnen „dressed beef" befördert werden. Der Eisbehälter faßt bis 2500 Pfund, welches Quantum bei heißem Wetter für eine Reise von 4—5 Tagen ausreicht, um die Kühlkammer in gleichmäßiger, niedriger Temperatur zu erhalten.

— Noch etwas aus dem Buche des Herrn Busch über den Fürsten Bismarck. Man hatte von den Juden im Allgemeinen gesprochen und kam dann auf die Börse und deren Matadore. Fürst Putbus sprach eines Tages von seiner Neigung, sich auf Reisen in entfernte Länder zu begeben. „Ja, da könnte Ihnen geholfen werden", sagte Bismarck. „Man könnte Sie beauftragen, dem Kaiser von China und dem Taikun von Japan die Gründung des deutschen Reiches zu notifiziren." Der Kanzler benützte diese Gelegenheit, um sich in längerer Rede über die Pflichten der deutschen Aristokratie zu verbreiten. „Der hohe Adel müsse Staatsgefühl haben, seinen Beruf erkennen, den Staat im Treiben der Parteien vor Schwankungen bewahren 2c. Man könne nichts dagegen einwenden, wenn man sich mit Stroußberg associirte, aber dann sollten die Herren doch lieber gleich Banquiers werden." . . . Das Gespräch kam später auf Stroußberg selbst und Jemand machte die Bemerkung, daß der jetzt „pleite gehn wollte, worauf der Kanzler bemerkte: „Er sagte einmal zu mir, ich weiß, ich sterbe nicht in meinem Hause. Aber so schnell brauchte das doch nicht zu kommen. Vielleicht überhaupt nicht, wenn nicht der Krieg kam. Er deckte seine Auslagen immer mit neuen Aktien und das ging, obwohl andere Juden, die vor ihm reich geworden waren, ihm nach allen Kräften das Spiel zu verderben suchten. Nun aber kam der Krieg und da gingen seine Rumänier herunter, immer weiter, so daß man fragen konnte, was der Centner koste. Na, aber ein gescheidter Mann und ein rastlos thätiger bleibt er doch."

Litterarisches.

Die Ost-See. Malerische Stätten aus ihrem Küstengebiet. Nach der Natur aufgenommen und auf Stein gezeichnet nebst erläuterndem Text von A. Hindorf. In Aquarell-Tondruck ausgeführt von R. Steinbock. Quer-Royal-Format in Umschlag. Während bisher der Süden und Westen von Europa vorzugsweise zu künstlerischen Zwecken und Illustrationen angeregt hat, erscheint es dankenswerth, wenn das vorliegende Werk sich die Aufgabe gestellt hat, die Naturschönheiten und interessanten Punkte der nördlicheren Gegenden zur Anschauung zu bringen, die das Küstengebiet unserer Ostsee darbietet, und die in der Verbindung von hohen Ufern mit Wald und See und in ihren interessanten Städten und Badeorten in hohem Maße einer künstlerischen Darstellung würdig sind. Es ist eine solche von der Hand eines in weiten Kreisen bekannten Künstlers unternommen worden, der es verstanden hat, die feine poetische Auffassung mit der Naturtreue der malerischen Ansichten harmonisch zu vereinigen. — Es soll das Werk das ganze Küstengebiet zwischen Memel und Kopenhagen umfassen, und in 5 bis 6 Lieferungen oder 20 bis 24 Blättern, eine Auswahl der bemerkenswerthesten Ansichten geben. Die erste Lieferung enthält: Arcona, Danzig (an der Promenade), Schloß Putbus und Oliva bei Danzig.

Viehmarkt.

Berlin, 11. November. Es standen zum Verkauf: 2019 Rinder, 7814 Schweine, 904 Kälber, 3679 Hammel.

Für Rinder verlief der Markt heute wieder ein wenig lebhafter, speziell für Prima-Qualität, die nicht stark vertreten war und bequem circa 66 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht erreichte; auch Sekunda- und Tertia-Waare erfuhr eine angemessene Preissteigerung und wurde mit je 54 bis 57 resp. 42—45 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht bezahlt.

Nicht so günstig läßt sich über Schweine berichten; trotzdem der Auftrieb geringer war als vor acht Tagen, bewilligten die Käufer keine höheren Preise und erzielten: Beste Mecklenburger ca. 50, beste Pommern 46—47, Sekunda-Pommern circa 45, Russen 38—40 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht bei 20 Prozent Thara. Bakuner gingen sogar auf 42 Mark bei 50 Pfund Thara zurück.

Kälber wurden nur langsam geräumt und kamen über den vorwöchentlichen Preis von 45—60 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht nicht hinaus.

Bei Hammeln war Prima-Waare knapp vertreten und hob sich hierfür der Preis auf circa 55 Pf., während geringere Qualität auf circa 40 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht verblieb. — Southdown fehlten.

Telegraphische Depeschen.

München, 11. November. Der Ministerpräsident von Pfretzschner ist von seinem Urlaube aus Italien hierher zurückgekehrt.

Wien, 11. November. Die „Pol. Korr." veröffentlicht folgende Meldungen:

Aus Konstantinopel: Nach der Pforte aus Seres in Macedonien zugegangenen Nachrichten haben die Bulgaren zwei in Krasna stationirte Kompagnien regulärer türkischer Truppen überfallen und umzingelt und dieselben nach einem 30stündigen Kampfe gefangen nach Harbic geführt.

Andere bulgarische Insurgenten griffen Jenikaessi und Gradcanica an und steckten die muhamedanischen Ortschaften Vresnica, Murcca, Polirca und Himnica in Brand, wobei viele Weiber und Kinder umgekommen sein sollen.

Aus Athen, 10. d.: Die Oppositionspartei der Deputirtenkammer hat nicht die Vorlegung der auf die Insurrektion in Thessalien und Epirus bezüglichen Akten, sondern die Vorlegung der die Verausgabung von drei Millionen Drachmen für die Flüchtlinge betreffenden Schriftstücke verlangt. Nachdem Seitens der Regierung die Zusage ertheilt worden, daß dieselben vorgelegt werden sollten, erklärte sich die Opposition zufriedengestellt. Es ist nunmehr gegründete Hoffnung vorhanden, daß das Kabinet Comunduros, welches die auf die Durchführung des Berliner Vertrages gerichtete Politik fortführt, unangefochten bleibt.

Aus Bukarest: Die russischen Truppen werden am 17. d. Rumänien räumen und nach Bessarabien zurückgehen.

Wien, 11. November. Die „Pol. Korr." veröffentlicht den Wortlaut der Proklamation, durch welche eine allgemeine Amnestie für Bosnien und die Herzegowina verkündet wird. Die Amnestie erstreckt sich auf alle anläßlich der Okkupation kompromittirte Personen, welche zu ihrer friedlichen Beschäftigung zurückgekehrt sind oder sich binnen 14 Tagen stellen und Gehorsam zusichern. Die Amnestie erstreckt sich dagegen nicht auf Rädelsführer, die sich bereits in Haft befinden, doch wird auch bezüglich dieser in besonders der Berücksichtigung werthen Fällen ein Antrag auf Begnadigung gestellt werden.

Pest, 11. November. Wie die „Pester Korrespondenz" meldet, wird Graf Andrassy morgen in dem Ausschusse für die auswärtigen Angelegenheiten der ungarischen Delegation einige Aufklärungen über die gegenwärtige politische Lage geben, soweit dies zur vorläufigen Orientirung über den Stand der Dinge erforderlich ist. Ein umfassendes Exposee über die die orientalische Frage betreffende Politik der Regierung wird Graf Andrassy im Plenum der Delegation geben.

Belgrad, 11. November. Die Deputirtenwahlen sind beendigt, es sind größtentheils liberale, der Regierungspolitik günstige Kandidaten gewählt worden. In Belgrad wurden 2 liberale Abgeordnete gewählt.

Washington, 11. November. Eine an den amerikanischen Gesandten zu London gerichtete Depesche des Staatssekretärs des Aeußern, Ewarts, vom 27. September führt die Gründe im Einzelnen auf, welche den Kongreß und die Regierung der Vereinigten Staaten das Urtheil des Schiedsgerichts von Halifax in der Fischerei-Angelegenheit für nicht gerecht und zu weitgehend ansehen lassen. Ferner spricht der Minister darin die Ansicht aus, daß die Kommission die Grenzen der ihrer Berathung unterstellten Frage überschritt, und gelangt zu dem Schluß, daß die Fischereifrage nach wie vor der Entscheidung der beiden Regierungen von England und den Vereinigten Staaten unterbreitet bleibe, da dieselben durch das Urtheil der Kommission nicht für gebunden erachtet werden könten. Die betreffende Depesche fordert schließlich zu einem freundschaftlichen Austausch der Ansichten über diese Frage auf.

Denkschrift,

betreffend die Schuldenlast und die Finanzwirthschaft der Stadt Stettin

von R. Grassmann.

Während des Wahlkampfes um die Reichstagswahl im Sommer d. J. hatte Herr R. Graßmann in einer Wahlrede vom 6. September, als Herr Forkenbeck den Herrn Dr. Kapp empfohlen hatte, gesagt: Er seinerseits könne auf diese Empfehlung nicht viel geben, denn dieser Herr habe seiner Zeit auch Herrn Burscher empfohlen, unter dessen Verwaltung die Schuldenlast Stettins wesenlich gewachsen sei. Stettin habe vor einer kurzen Reihe von Jahren nur 1 Million Mark Schulden gehabt und habe jetzt 10 Millionen Mark Schulden. Diese Aeußerung des Herrn R. Graßmann hatte den Unwillen der Stadtverordneten-Versammlung hervorgerufen; diese beantragte zur Widerlegung der von Graßmann gemachten Aeußerung, ein Exposé vom Magistrate. Letzteres ist soweit erfolgt, daß Herr Kreich dasselbe am 29. Oktober in der Stadtverordneten-Versammlung mündlich vortragen konnte. Dasselbe wird nach dem Beschlusse dieser Versammlung als Denkschrift gedruckt und den Zeitungen beigelegt werden, damit jeder es lesen könne.

Herr R. Graßmann war in der Stadtverordneten-Versammlung vom 29. Oktober gegenwärtig und erklärte: Die Aeußerung über die Schulden Stettins sei von ihm gelegentlich während des Wahlkampfes geschehen, auch von den Gegnern seien während dieses Kampfes die heftigsten Angriffe und Beleidigungen gegen ihn geschleudert worden. Er seinerseits habe aber nach dem Wahlkampfe die Hand zum Frieden geboten und wolle alles vergeben und vergessen sein lassen, er hätte gewünscht, daß auch die geehrte Versammlung ebenso verfahren wäre. Ein höhnendes: Oho! war die Antwort auf diese Aufforderung zum Frieden. Herr Graßmann fuhr daher also fort: Ich sehe, meine Herren, Sie wünschen den Kampf, wohlan, ich nehme den mir hingeworfenen Fehdehandschuh auf und trete in den Kampf ein. Die Aeußerungen, welche ich seiner Zeit in der Wahlrede gethan habe, erhalte ich aufrecht, und werde durch eine Denkschrift beweisen, daß **jedes Wort, welches ich damals gesprochen habe, wahr ist.** Herr Graßmann versprach auf Wunsch der Versammlung seine Denkschrift spätestens innerhalb sechs Wochen der Versammlung vorzulegen. Er hat inzwischen über 10 Tage auf Eingang der Denkschrift des Magistrates gewartet, um diese bei der Arbeit berücksichtigen, bez. beantworten zu können; allein vergeblich. Herr Graßmann muß daher seine Denkschrift schreiben, ohne die Denkschrift des Magistrates abwarten oder auf dieselbe Rücksicht nehmen zu können. Herr Graßmann wird in seiner Denkschrift zunächst den von ihm während des Wahlkampfes am 6. September d. J. ausgesprochenen Satz beweisen, daß

> **die Stadt Stettin vor einer kurzen Reihe von Jahren nur eine Million Mark Schulden hatte, daß diese Schuldenlast aber jetzt bereits auf 10 Millionen Mark Schulden angewachsen ist.**

Er wird demnächst aber ferner auch den jetzt von ihm neu aufgestellten Satz beweisen, daß

> **wenn die Finanzverwaltung in jetziger fehlerhafter Weise weiter geführt wird, Stettin seiner Ueberzeugung nach einem Bankerotte entgegengehen dürfte.**

Herr Graßmann will hiermit Niemandem einen Vorwurf machen; aber er will auf das Gefährliche des jetzigen Weges hinweisen, der seiner Ansicht nach, zu großen Schulden geführt hat und nothwendig zum Verderben der Stadt führen muß, wenn man nicht eine andere Richtung einschlägt. Herr Graßmann bemerkt ferner noch ausdrücklich, daß ihm die Akten der Stadt nicht zu Gebote gestanden haben; dieselben sind ihm seiner Zeit verweigert worden; bei der Versammlung aber um Vorlage derselben zu bitten, und sich der Gefahr einer Verweigerung auszusetzen, wie dies dem Herrn Piest ergangen ist, dazu fühlt Herr Graßmann sich nicht veranlaßt. Herr Graßmann wird daher seine Beweise aus den gedruckten Berichten des Magistrates, bez. aus den Urkunden führen, in deren Besitz er gelegentlich gelangt ist.

I. Die Schulden der Stadt Stettin.

Nach dem ausgezeichneten Vortrage des Herrn Oberbürgermeisters a. D. Masche vom 1. September 1857 (S. 17) betrugen die Schulden der Stadt Stettin 1806 vor dem Ausbruche des Krieges 179808 M., dagegen betrugen gleichzeitig die zinstragenden Papiere der Stadt 112956,00 M., das ertragbringende Grundvermögen 1113366,66 M., Sa. 1226322,66 M. Die Schulden betrugen damals also nur 14,66 Prozente des Vermögens. Die Abgaben betrugen auf den Kopf (a. a. O. S. 20) 5,83 M. In Folge des Krieges und der Belagerung waren nun allerdings die Schulden um 2192022,87 M. gestiegen und waren außerdem für Verbesserungen noch 36151,92 M. aufgenommen, so daß die gesammte Schuldenlast auf Sa. 2407982,79 M. gestiegen war. Die Anleihen A—E waren zu diesem Zwecke aufgenommen. Aber gerade nach dieser Zeit feierte die weise Sparsamkeit der Leiter der städtischen Finanzen ihren schönsten Triumpf. Bis zum 1. Januar 1843 waren nach einem, dem Verfasser, vorliegenden gedruckten Auszuge der Rechnung der Kämmereikasse der Stadt Stettin pro 1843 und dem in demselben enthaltenen höchst werthvollen Berichte des Magistrates vom 26. April 1845 (Seite 50 ff.) der größte Theil dieser Kriegsschulden bereits getilgt. Es sind bis dahin abgetragen 1608055,14 M. und es verbleibt demnach (a. a. O. S. 49)

> **am 1. Januar 1843 nur eine Schuld von 799927,65 M.**

und zwar an Kapitalien aus

milden Stiftungen	M.	268177,65
aus Eisenbahn-Anleihe	M.	3750,00
aus Anleihe Lit. E	M.	528000,00
	Sa. M.	799927,65

Dagegen beträgt das Grundvermögen der Stadt am 1. Januar 1843 (a. a. O. S. 43) 4825275,00 M. und das zinslich belegte Kapitalvermögen außerdem (a. a. O. S. 44) 505731,50, im Ganzen also das Vermögen der Stadt Sa. 5331006,50 M. Die Schulden betrugen also zu dieser Zeit nur 15 Prozente des Vermögens. In Stettin waren zu jener Zeit (a. a. O. S. 31) 38398 Einwohner, es kamen also auf jeden Kopf der Bevölkerung zu jener Zeit 138,83 M. städtisches Vermögen und nur 20,83 M. Stadtschulden. **Stettin war 1843 eine reiche Stadt,** die Abgaben waren nur geringe, sie betrugen (a. a. O. S. 48) 222025,39 M. oder auf den Kopf der Bevölkerung 5,78 M. Bemerkt möge werden, daß bei dem Grundvermögen der Stadt nur das Ertrag bringende Vermögen berechnet ist, die Verwaltungsgrundstücke aber außer Rechnung gelassen sind. Diese repräsentiren zu jener Zeit außerdem noch ein Vermögen (a. a. O. S. 44) von 5426557,50 M. Bemerkt möge ferner werden, daß zu jener Zeit bereits sehr Vieles zur Hebung der Stadt geschehen war. Die Stadt hatte ihrerseits, um den Bau der Berlin-Stettiner Eisenbahn zu ermöglichen, sich mit 1350000 M. an dem Unternehmen betheiligt, die Friedrich-Wilhelms-Schule war neben dem Marienstifts-Gymnasium gegründet, die höhere Töchterschule, die Ottoschule und zahlreiche niedere Schulen waren gestiftet und dotirt, das Schulwesen war im Verhältniß zur Einwohnerzahl mindestens so vollkommen und gut eingerichtet wie heute.

Der erste Satz des Herrn Graßmann aus seiner Rede vom 6. September d. J.

> **daß Stettin vor einer kurzen Reihe von Jahren nur eine Million Mark Schulden hatte, ist hiermit bewiesen.**

Derselbe Geist der nüchternen Sparsamkeit blieb auch noch die folgenden Jahre bewahrt.

Der Herr Oberbürgermeister a. D. Masche hat am 1. September 1857 einen Vortrag gehalten, der gedruckt vor uns liegt und dem wir Folgendes entnehmen. Die Stadt hatte zu dieser Zeit (a. a. O. S. 18) baares Vermögen 200922 M., ferner an zinsbringenden Papieren (a. a. O. S. 13) 766736,25 M. und an Ertrag bringendem Grundvermögen (a. a. O. S. 12) 4789466,66 M., außerdem die Gasanstalt mit einem Grundvermögen von 858000 M., d. h. in Summa ein Vermögen von 6615124,91 M., dagegen betrugen die Schulden der Stadt nach Aufnahme der Anleihe F und G zu dieser Zeit 2730525 M., d. h. 41,28 Prozente des Vermögens. Es war der größte Theil dieser Schulden aufgenommen für die Anlegung der Gasanstalt und für die Verbesserung der Hafenanlagen. Die Bevölkerung war auf 50000 Menschen gestiegen und kam auf den Kopf ein städtisches Vermögen von 132,30 M., dagegen eine Schuld von 54,61 M. Die Abgaben betrugen (a. a. O. S. 20) für die ganze Stadt incl. Realabgaben und Mahl- und Schlachtsteuer 270447 M., d. h. auf jeden Kopf der Bevölkerung nur 5,41 M, mithin nicht mehr als 1806

Die Finanzen der Stadt Stettin befinden sich auch 1857 noch in einer durchaus günstigen Lage.

Seit dem Jahre 1867, d. h. seit dem Austritte des Herrn Oberbürgermeisters Hering aus dem Amte machte sich nun aber ein ganz anderer Geist in der städtischen Verwaltung bemerkbar. Am 4. Januar 1867 beantragte Herr Kämmerer Hoffmann noch unter der Leitung des Herrn Oberbürgermeisters Hering in besonderer Denkschrift eine neue Anleihe H. im Betrage von 1500000 M; der Magistrat trat diesem Antrage bei, die Anleihe ward genehmigt. Die Schulden der Stadt stiegen dadurch auf etwas über 4 Millionen M. Am 22. April 1875 beantragte Herr Kämmerer Schlesack ferner eine neue Anleihe J im Betrage von 3 Millionen M., und endlich am 18. November 1877 beantragte derselbe abermals eine neue Anleihe K im Betrage von 4 Millionen M. Beide Anleihen sind genehmigt. Damit aber ist das ganze Aktivvermögen der Stadt Stettin konsumirt und übersteigen die städischen Schulden bereits das Grundvermögen.

Nach dem Etat für 1877 bis 1878 (S. 227) betragen für Stettin die Schulden an Legate, welche die Stadt verwaltet		64833 M. 33 Pf.
die Schulden aus lästigen Verträgen (S. 229) . . .		421000 M. — Pf.
die Stadt-Obligationen (S. 231) und zwar die Anl. F bis H . .	3265200 M.	
die Anleihe J, I.—IV. Serie	2387800 M.	
	Sa. 5653000 M.	
Davon wird bis 1. April 1878 amortisirt . .	83500 M.	
Es bleiben demnach noch		5569500 M. — Pf.
Es kommen noch hinzu:		
Anleihe J Serie V . .		600000 M. — Pf.
Anleihe K		4000000 M. — Pf.
Sa. der beschlossenen städtischen Schulden . . .		10655333 M. 33 Pf.
Dagegen betrug das Grundvermögen der Stadt am 1. Januar 1877 nach dem Abschlusse des Lagerbuches ultimo 1876 bez. dem Berichte des Herrn Kämmerers Schlesack vom 16. Novbr. 1877 (S. 5)		9193872 M. 52 Pf.

Bei der Berechnung dieses Grundvermögens sind, wie dies nothwendig und auch bei der Berechnung von 1806, 1843 und 1857 geschehen ist, die Verwaltungs-Grundstücke fortgelassen, da diese nichts einbringen, sondern nur noch Reparaturen und Kosten verursachen. Ebenso sind nicht die Amortisationen, welche noch bis zur Ausgabe der 4000000-Anleihe abgezahlt werden, in Abzug gebracht, da diese noch nicht zu übersehen sind. Andererseits sind dafür aber auch nicht die Summen in Anschlag gebracht, um welche die Etatssummen bei der Ausführung überschritten werden; diese Ueberschreitungen aber werden voraussichtlich die Amortisationen reichlich aufwiegen, wo nicht übertreffen.

Im Jahre 1879 wird also nach Begebung der 4000000-Anleihe das Aktivvermögen der Stadt Stettin nicht nur aufgezehrt sein, sondern noch eine Unterbilanz von 1461460 M. 87 Pf. oder von 15,90 Prozenten des Aktivvermögens eingetreten sein. Der Herr Kämmerer Schlesack hofft einen etwas besseren Abschluß. Im Berichte vom 18. November 1877 (S. 5) sagt er: „Nach Begebung der neuen Anleihe werden sich „die Passivmasse und die Aktivmasse nach Abzug „des Werths der Verwaltungsgrundstücke ungefähr gleich stehen." Er kommt zu diesem Ergebnisse, indem er die Amortisationen von den Schulden abschreibt, nicht aber für die Ueberschreitungen des Etats eine entsprechende Summe zuschreibt, thut man dies, so ergiebt sich wieder das obige Resultat, ein Defizit von etwa $1^{1}/_{2}$ Millionen M. **Stettin ist demnach jetzt eine arme Stadt geworden.**

Stettin zählte im Dezember 1875 eine Bevölkerung von 80972 Seelen. Es nimmt jährlich um etwa 1200 Seelen zu, darnach hat es im Dezember 1877 etwa 83400 Seelen gezählt. Von dem Aktivvermögen der Stadt wird hiernach auf den Kopf der Bevölkerung etwa kommen 110 M. 24 Pf., von den Schulden der Stadt etwa 127 M. 76 Pf., d. h. es wird auf den Kopf der Bevölkerung ein Defizit kommen von 17 M. 52 Pf.

Während bisher der größte Theil der städtischen Ausgaben durch die Einnahmen aus dem Aktivvermögen gedeckt wurde, wird künftig ein sehr großer Theil der Ausgaben durch Steuern gedeckt werden müssen; **die Steuern der Stadt werden daher sehr bedeutend erhöht werden müssen.**

Schon jetzt betragen die Steuern nach dem Etat pro 1878/79 (S. 247) die Summe von 88400 M. bei einer Bevölkerung von etwa 84500 Seelen, d. h. auf den Kopf der Bevölkerung 10,47 M. oder etwa doppelt soviel, als sie noch 1857 betrugen. Die städtischen Behörden werden aber auch mit diesem Steuerbetrage noch nicht auskommen, die Steuern werden demnach noch weiter erhöht werden müssen. Für die $4^{1}/_{2}$ pCt. Zinsen der Stadtschulden von 10600000 M. und für 1 pCt. Amortisation werden jährlich 58030 M. oder auf jeden Kopf der Bevölkerung allein 6,87 M. an jährlichen Steuern gebracht.

Man hat die ungünstige Lage der städtischen Vermögensverhältnisse dadurch zu beschönigen gesucht, daß man einerseits bei dem Grundvermögen die Verwaltungsgrundstücke mitgerechnet hat, und daß man andererseits die noch nicht verausgabten Serien der städtischen Anleihen abgezogen hat; aber mit Unrecht.

Die Stadt besaß ult. 1876 nach dem Lagerbuche bezw. nach dem Berichte des Herrn Kämmerers vom 18. November 1877 Verwaltungsgrundstücke und Inventarien im Werthe von Sa. 4180550 M. Unzweifelhaft haben nun diese Verwaltungsgrundstücke einen gewissen Werth und würden, wenn die Stadt dieselben verkaufen oder vermiethen könnte, einen Ertrag gewähren. Sie stellen also ein Activum für die Stadt dar; aber diesem Activum steht ein ebenso großes Passivum gegenüber. Die Stadt hält nämlich diese Verwaltungsgrundstücke nicht zum Vergnügen oder aus Luxus, sondern dieselben sind nothwendig für die Verwaltung; diese kann gar nicht ohne die Verwaltungsgrundstücke bestehen. Wollte die Stadt also ein oder das andere Verwaltungsgrundstück verwerthen, d. h. verkaufen oder vermiethen, so müßte sie sofort auf Kosten der Stadt ein anderes Grundstück für die Verwaltung miethen oder kaufen. Will man also die Verwaltungsgrundstücke als Activum für die Stadt aufführen, so muß man auch die ebenso hohe Verpflichtung der Stadt, Grundstücke für die Verwaltung zu beschaffen, als Passivum aufführen und Activum und Passivum werden sich dann beide heben. Jedenfalls bringen diese Verwaltungsgrundstücke der Stadt auch nicht eine Mark an Rente und sind daher sowohl 1806, wie 1843 und 1857 ganz außer Ansatz geblieben; dieselben dürfen daher auch nicht 1877 in Anrechnung gebracht werden.

Andrerseits hat man die noch nicht ausgegebenen Serien der, von den städtischen Behörden beschlossenen Anleihen in Abrechnung gebracht. Die Serie I. und II. der Anleihe K ist zwar bereits ausgegeben, aber erst nach dem 1. April 1878; dieselbe könnte man also am 1. April noch unberücksichtigt lassen. Die III. und IV. Serie ist noch nicht begeben, sie wird erst später begeben werden, dieselbe könnte man also gleichfalls unberücksichtigt lassen. Aber diese Betrachtungsweise erscheint denn doch außerordentlich bedenklich. Ist die neue Anleihe nothwendig und sind die Bauten und Erwerbungen, für welche sie beschlossen ist, nicht zu vermeiden, so muß auch die ganze Anleihe mitberechnet werden und müssen nur gleichzeitig die durch die neue Anleihe neu geschaffnen Ertrag bringenden Grundstücke mit in Rechnung gestellt werden. Hiernach ergiebt sich die obige Rechnung als richtig.

Es ist hienach auch der zweite Satz des Herrn R. Graßmann aus seiner Rede vom 6. November d. J. bewiesen:

> **daß die Schuldenlast der Stadt Stettin bereits auf 10 Millionen Mark angewachsen ist.**

II. Die Finanzverwaltung der Stadt Stettin.

Man könnte aber einwenden, die Schulden der Stadt Stettin seien nothwendig gewesen und nur nach reiflichster, sorgfältigster Prüfung und allseitigster Berathung kontrahirt und sei das Geld auch nur nach ebenso eingehender Prüfung und Berathung nur zu dem beabsichtigten Zwecke verwandt worden. Aber auch dies muß man bestreiten. Die Methode der Prüfung und Berathung war im Gegentheile nach der unmaßgeblichen Ueberzeugung der Minorität der Stadtverordneten-Versammlung eine durchaus fehlerhafte und einseitige.

Alle Bewilligungen von Geldmitteln müssen nach der Städteordnung §. 67 von der Stadtverordneten-Versammlung berathen und beschlossen werden. Alle diese Bewilligungen gehören nach §. 16 der „Geschäftsordnung für die Stadtverordneten-Versammlung zu Stettin" zu dem Ressort der **Finanz-Kommission,** die aus 12 Stadtverordneten gebildet ist. Diese Finanz-Kommission hat die Aufgabe und die Pflicht, die Nothwendigkeit der Bewilligungen zu prüfen und ebenso zu prüfen, ob die nöthigen Mittel für die Bewilligung vorhanden sind. Die Zusammensetzung dieser Finanz-Kommission ist daher von größter Wichtigkeit für die Finanzen der Stadt, von ihr hängt es ab, ob bei den Bewilligungen obenhin und leicht, ob sorgfältig und gewissenhaft verfahren wird und ob daher die Stadt in große Schulden kommt oder nicht.

Bei der Bildung dieser Finanz-Kommission ist nun in letzter Zeit in einseitigster Weise verfahren worden. In der Stadtverordneten-Versammlung von 63 Mitgliedern zählte die Bürgerpartei zur Zeit der Bildung der Finanz-Kommission 16 Mitglieder. In allen parlamentarischen Körperschaften ist es nun Sitte, daß die Minorität bei den Kommissionen mindestens im

Verhältnisse zur Zahl ihrer Mitglieder vertreten ist. Es ist dies für eine allseitige Berathung und Prüfung im Schooße der Kommission absolut nothwendig, auch wird dadurch die Debatte im Plenum wesentlich abgekürzt. Die Bürgerpartei konnte mithin die Wahl von 3 Mitgliedern für die Finanz-Kommission beanspruchen, sie beantragte wenigstens die Wahl zweier Mitglieder, der Herren Graßmann und Siebner. Das Büreau schlug nur einen dieser Herren vor, den Herrn Siebner; die Majorität lehnte auch die Wahl dieses Herrn ab.

Die Finanz-Kommission ist demnach gegen jeden parlamentarischen Anstand und Sitte in durchaus einseitiger Weise nur aus Mitgliedern der Majorität gebildet. Von der Minorität, der Bürgerpartei, ist auch nicht ein Mitglied in die Finanz-Kommission aufgenommen. Alle Berathungen und Beschlüsse innerhalb der Finanz-Kommission werden vor der Minorität geheim gehalten, ohne daß diese davon außer den Referaten im Plenum irgend welche Kenntniß erhält.

Es ist dies ein so einseitiges und dabei so rücksichtsloses Vorgehen der Majorität, daß es die allerschärfste Rüge verdient. Die Stadtverordneten-Versammlung von 63 Mitgliedern hat für die ständigen Deputationen und Kommissionen alle 2 Jahre 87 Stellen durch ihre Mitglieder zu besetzen, auf jedes Mitglied kommen demnach in den 6 Jahren seiner Wahlperiode 4 Stellen in Deputationen; der Stadtverordnete Graßmann aber ist beispielsweise in den 6 Jahren seiner Wahlperiode auch nicht in eine einzige solche Stelle gewählt worden. Dies charakterisirt die Majorität hinlänglich. Nur Mitglieder der Majorität dürfen mitreden, nur Mitglieder der Majorität dürfen Einfluß gewinnen; die Mitglieder der Minorität müssen möglichst unwissend erhalten, einflußlos und mundtodt gemacht werden.

Für die Finanzen der Stadt ist diese einseitige Zusammensetzung der Finanz-Kommission aber von den bedenklichsten Folgen gewesen. Die Finanz-Kommission ist durch diese Art der Zusammensetzung überaus einseitig; es fehlt ihr an jeder Opposition der Minorität, es fehlt ihr an einer allseitigen Debatte und Prüfung. Auch im Schooße der Finanz-Kommission mag unter den Mitgliedern der Majorität in Einzelheiten manche Meinungsverschiedenheit zu Tage treten; aber diese ist doch nur nebensächlich, nicht prinzipiell. Es ist ja ein stadtkundiges Geheimniß, daß die Majorität in den wichtigeren Fragen mit ihren Führern geht; dies beweis't auch das Verhalten der Majorität bei den Abstimmungen in der Stadtverordneten-Versammlung. Die Finanzen der Stadt werden demnach ohne jede prinzipielle Opposition geleitet von wenigen Führern der Majorität, d. h. von einer kleinen Clique, die unbeschränkt und allmächtig über den Geldbeutel der Stadt und ihrer Bürger verfügt. Die Minorität hat auf diese Finanzverwaltung gar keinen Einfluß. Jedenfalls gilt hienach der folgende Satz:

Für die Finanz-Verwaltung der Stadt ist allein die Majorität der Stadtverordneten-Versammlung verantwortlich; die Minorität ist ohne jeden Einfluß auf dieselbe und trägt mithin keinerlei Verantwortlichkeit dafür.

In der Finanz-Kommission wird nun ein Referent ernannt, der die Beschlüsse der Kommission in der Stadtverordneten-Versammlung vorträgt und vertheidigt. Auch hier ist der Vorgang wieder durchaus einseitig. Es trägt in der Stadtverordneten-Versammlung nur ein Referent, also einseitig vor, ohne daß ein Korreferent zur Ergänzung des Vorgetragenen existirt, und jener Referent trägt überdies fast ausschließlich nur das vor, was die Majorität der Kommission beschlossen hat. Nach diesem einseitigen Vortrage eines Referenten wird dann in der Stadtverordneten-Versammlung in der Regel beschlossen.

In anderen großen Städten werden die Akten über die zu verhandelnden Gegenstände einige Tage vor der Versammlung für die Stadtverordneten zur Einsicht offen gelegt. Es können sich dann die Stadtverordneten oder doch Einzelne derselben orientiren und ist eine sachliche Debatte ermöglicht. In Stettin ist dies nicht der Fall. Hier erhält nur der Referent, bezw. die Kommission die Akten, alle anderen Mitglieder bleiben bis zum Eintritte in die Versammlung ohne jede Kenntniß der Sache und bekommen die Akten überhaupt nicht zu Gesichte.

Ja in Stettin ist man hierin noch weiter gegangen. Wenn hier ein Stadtverordneter die Einsicht einer Akte wünscht, so muß er sich bittend an die Versammlung, d. h. an die Majorität wenden, und diese beschließt dann, ob ihm die Akte zur Einsicht vorgelegt werden soll. Einem Mitgliede der Minorität ist unseres Wissens noch nie die Einsicht eines Aktenstückes von der Majorität bewilligt worden. Die ganze städtische Verwaltung wird auf diese Weise vor der Minorität versteckt. Herr Graßmann beispielsweise, der es nicht für angemessen erachtet, bei der Majorität um Einsicht eines Aktenstückes zu betteln, ist bis jetzt fast ohne jede Einsicht in die Akten der Stadt geblieben. Hieraus folgt:

Die Akten der Stadt sind allein den Mitgliedern der Majorität zugänglich, die Minorität ist ohne jede Kenntniß der Akten und daher auch ohne jede Verantwortung für die Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Debatte ist denn auch bei der mangelnden Sachkenntniß in der Versammlung selbst oft eine ganz oberflächliche, und, wenn sie einmal in Gang kommt, großentheils nicht sachlich und objektiv, sondern persönlich und gereizt. Zum Segen der Stadt kann ein solches Verhältniß nicht dienen. Namentlich für die Finanzen der Stadt gehen hieraus die größten Uebelstände hervor, und werden die Gelder meist bewilligt, ohne daß die Mitglieder die geringste Einsicht oder Kenntniß davon haben, ob die Gelder vorhanden sind oder nicht.

Die Gefahren dieses oberflächlichen und durchaus einseitigen Verfahrens zeigen sich denn auch sofort, wenn man auf die sachliche Prüfung der Finanzlage eingeht, zu welcher wir hiermit übergehen wollen.

Am 24. Januar 1867 beantragte der Magistrat unter Anlage der Denkschrift des Herrn Kämmerer Hoffmann vom 4. Januar 1867 folgende Geldmittel flüssig zu machen:

1. Aus den Ueberschüssen der Sparkasse	M.	240000
2. Durch Kündigung von Hypotheken	„	300000
3. Durch Verkauf des Rathswagegebäudes	„	29634
4. Aus dem Mehrertrage der Steuerreform	„	60000
5. Durch die neue Anleihe H in Stadt-Obligationen .	„	1500000
Sa.	M.	2129634

Hiermit sollten gedeckt werden

a. Nr. 1—5 die von beiden Behörden beschlossenen Bauten	M.	217050
b. Nr. 6—11 die vom Magistrate bereits beantragten Bauten	„	298584
c. für noch zu beantragende Bauten:		
12. Bau des Stadtgymnasiums	„	300000
13. Bau des Absonderungshauses	„	90000
14. Ausbau des alten Kranhauses	„	45000
15. Bau des Siechenhauses .	„	39000
16. Bau eines neuen Rathhauses	„	900000
17. Bau einer 2ten Realschule	„	240000
Sa.	M.	2129634

Von diesen Bauten sind ausgeführt worden die Bauten Nr. 1 bis 15, dagegen sind nicht ausgeführt worden Nr. 16 der Bau des neuen Rathhauses und Nr. 17 der Bau der 2ten Realschule. Es mußten also von der neuen Anleihe H von 1500000 M. noch in Kasse verbleiben die für diese Bauten bewilligten Gelder von 900000 M. und von 240000 M., in Sa. 1140000 M.

Leider aber schied kurz nach dem Beschlusse der Anleihe im Jahre 1867 Herr Oberbürgermeister Hering aus dem städtischen Dienste und ward damit der Mann beseitigt, der bisher den gewagten Operationen der Finanzverwaltung hemmend im Wege gestanden hatte. Die Finanzen der Stadt nahmen in Folge dessen eine überaus gefährliche Wendung.

Anfang des Jahres 1875 ist die ganze aus der Anleihe von 1867 disponible Summe von 1140000 M. bereits für andere Dinge verwandt, welche dem Zwecke der Anleihe ganz fern stehen und ohne daß ein neues Rathhaus oder eine 2te Realschule gebaut worden ist. Die Finanz-Kommission hat alle diese Gelder für andere Zwecke verwandt, ohne sich darüber irgend welche Skrupel zu machen.

Es ist dies ein Vorgang der allerernstesten Art. Die Anleihe war nur für ganz bestimmte Zwecke auf Grund einer Denkschrift beschlossen und nur in dieser Form von der Königlichen Regierung genehmigt. Sie zu ganz anderen Zwecken verwenden, ist nach Ueberzeugung der Minorität ein Mißbrauch, der die ernsteste Rüge verdient. Was würde der Landtag sagen, wenn die Staatsregierung die für die Schulen bewilligten Gelder für ganz andere Zwecke, etwa für das Militär verwenden wollte. Was würden alle Liberalen über solche Vorgänge für einen Lärm und zwar mit Recht erheben und hier begehen dieselben Männer, die sich sonst liberal nennen, dasselbe Vergehen in größtem Maßstabe.

Im Anfange des Jahres 1875 war also die ganze Anleihe verbraucht, ohne daß ein neues Rathhaus oder eine 2te Realschule erbaut worden wäre. Da aber diese Bauten nothwendig waren, so mußte nun eine neue Anleihe beschlossen werden. Am 22. April 1875 beantragte also der Kämmerer Herr Schlesak im Bericht betreffs der neu zu creirenden Anleihe und in Uebereinstimmung mit ihm der Magistrat zur Bestreitung der erforderlichen Bauten:

1. Beiträge der Kosten der Entwässerungsanlage vor dem Königsthore . . .	M.	87900
2. für Verkauf in Petrihof	„	165200
3. aus den Einnahmen des Hafens	„	450000
4. aus den Ueberschüssen der Sparkasse	„	180000
zu verwenden und außerdem		
5. die neue Anleihe J in 5 Serien	„	3000000
Sa.	M.	3883100

zu begeben.

Hiermit sollten gedeckt werden

A. Festbeschlossene Bauten.		
1. Bau des neuen Rathhauses	M.	1200000
2. Bau der Westendschule .	„	81300
Latus	M.	1281300
Transport	M.	1281300
3. Entwässerungsanlage vor dem Königsthor . . .	„	175800
4. Pflaster ꝛc. in Petrihof .	„	88260
B. In Vorbereitung befindliche Bauten.		
5. Hafenanlage am Dunzig	M.	750000
6. Bau des neuen Krankenhauses	„	1050000
7. Bau der Galgwiesenschule	„	82200
C. Weitere Bauten.		
8. Erweiterung der Gas- und Wasserwerke	„	396000
9. Arrondirung städtischer Besitzungen	„	500000
10. Bau der 2ten Realschule .	„	300000
11. Zur Bildung eines Betriebsfonds	„	200000
Sa.	M.	4823560
Hiervon in Abzug zu bringen als erst später auszuführende Bauten	„	940460
Rest	M.	3883100.

Die Anleihe ward bewilligt, die Verwendung der Einnahmen ward genehmigt. Die Bauten wurden begonnen. Im Jahre 1877 waren von dieser Summe nach dem Berichte des Kämmerers Schlesack vom 18. November 1877 bereits verwandt

ad 1. Bau des Rathhauses	M.	1041708,30
2. Bau der Westendschule	„	81300
3. Entwässerung vor dem Königsthore	„	175800
4. Pflaster in Petrihof . .	„	88260
5. Hafenanlage am Dunzig	„	420361,53
6. Bau des neuen Krankenhauses	„	644272,10
7. Bau der Galgwiesenschule	„	82200
Sa.	M.	2533901,93

Die Positionen 2, 3, 4 und 7 sind hiebei nach dem Anschlage im Berichte des Herrn Kämmerers vom 22. April 1875 eingefügt worden.

Nach Abzug dieser verwendeten Mittel von M. 2533901,93 mußten von den am 22. April 1875 bewilligten Geldmitteln von 3883100 M. noch disponibel und in der Stadtkasse vorhanden bleiben 1349198,07 M. Allein, anstatt daß diese 1349198,07 M. in der Stadtkasse vorhanden und disponibel bleiben sollten, fehlte nach dem Berichte des Kämmerers Schlesack vom 18. November 1877 im Gegentheile der Stadtkasse an zu erstattenden Geldern noch die Summe von 1264336,80 M.

In dem kurzen Zeitraume von $2\frac{1}{2}$ Jahren ist also nicht nur das Ganze aus der ersten Anleihe disponibel gebliebene Kapital von 1349198,07 Mk. für andere der Anleihe ganz fremde Zwecke verbraucht worden, sondern es sind auch außerdem noch 1264336,80 M., im Ganzen also 2613534,87 M., für beliebige Zwecke verwandt worden, für welche gar keine Anleihe gemacht war. In jedem Jahre sind also außer dem Etat und außer den Bauten, für welche die Schulden contrahirt waren, noch etwa eine Million Mark für inzwischen aufgetauchte Bedürfnisse verwendet worden.

Daß eine solche Finanz-Wirthschaft die äußersten Gefahren für die Stadt mit sich führt, liegt auf der Hand. Fährt man so fort, so treibt Stettin unfehlbar in ganz kurzer Zeit dem Bankerotte entgegen. Zu bemerken ist dabei, daß dieser exorbitante Verbrauch nicht im Jahre der Gründungen, sondern zu einer Zeit stattgefunden hat, wo die Geschäfte bereits stockten und auf allen wirthschaftlichen Gebieten die äußerste Vorsicht geboten war.

Da das Geld in der Stadtkasse fehlte, so sah sich der Kämmerer Schlesack genöthigt, am 18 November 1877 „Bericht über die Nothwendigkeit einer neuen Anleihe" abermals eine neue Anleihe zu beantragen. Er gebrauchte

A. für die bereits verausgabten und zu erstattenden Gelder	M.	1264336,80
B. für die in Ausführung begriffenen Bauten und zwar für den		
1) Rathhausbau M. 458300		
2) Krankenhausbau „ 284700		
3) Hafen a. Dunzig „ 215600		
Sa.	M.	958600
C. für weitere Bauten.		
4) Bau der 2ten Realschule	„	400000
5) Verlegung der Kirchhofsmauer	„	14400
6) Straßenbau	„	410000
7) Erweiterung d. Gasanstalt	„	405000
8) Arrondirung des Terrains	„	500000
9) Dunzig-Parnitz-Kanal .	„	131000
Sa.	M.	4083336,80

d. h. rund vier Millionen Mark.

Er beantragte daher eine neue Anleihe K von 4 Millionen Mark. Dieselbe ist bewilligt gegen den Widerspruch der Minorität, welche behauptete, daß ein großer Theil der Bauten Nr. 4 bis 9 ausgesetzt werden könne, bis Geld in der Stadtkasse vorhanden sei. Bemerkt muß ferner werden, daß die Majorität außerdem noch die allgemeine Kanalisation der Stadt und die Einverleibung Grabows in Stettin beschlossen hatte, Anlagen, welche noch ein neues Anlehen von mindestens 4 Millionen Mark erfordern würden.

Wird nun mit dieser Anleihe die Summe der zu contrahirenden Schulden geschlossen sein? Die Beantwortung dieser Frage hängt von der neuen Wahl der Stadtverordneten ab.

Bleibt die bisherige Majorität, behalten die Führer der jetzigen Majorität ihre Herrschaft in der Stadt, so wird voraussichtlich auch das jetzige System des Schuldenmachens seinen Fortgang behalten. Ein Rückblick auf dies System wird die Gefahren desselben klar vor Augen stellen.

Der Entschluß, ein neues Rathhaus zu bauen, ist viermal gefaßt. Nach dem Auszug aus der Rechnung der Stadt Stettin pro 1843 (S. 60) ist er bereits damals gefaßt und der Bau damals zu 225000 M. veranschlagt; im Jahre 1867 ist der Bau desselben veranschlagt zu 900000 M., 1875 zu 1200000 M., 1877 zu 1500000 M. d. h. derselbe ist zuletzt 6mal so hoch veranschlagt, als im Anfange.

Bewilligt sind für diesen Bau

1867 . .	900000 M.
1875 . .	1200000 M.
1877 . .	458300 M.
Sa.	2558300 M.

Derselbe soll ausgeführt 1500000 M. kosten. Es sind mithin doppelt bewilligt für diesen Zweck 1058300 M.

Der Entschluß, eine zweite Realschule zu bauen ist, dreimal gefaßt. Im Jahre 1867 wurden dafür gefordert 240000 M., 1875 wurden gefordert 300000 M., 1877 aber 400000 M. Es sind für diesen Bau bewilligt

1867 . .	240000 M.
1875 . .	300000 M.
1877 . .	400000 M.
Sa.	940000 M.,

ohne daß bisher mit dem Bau begonnen ist. Die Gelder für den Bau sind die ersten beiden Male zu anderen Zwecken verwandt. Jeder Kassenbeamte einer Königl. Kasse wird zugestehen, daß der Umstand, daß dreimal die Anleihen für denselben Zweck contrahirt, stets aber wieder für andere Zwecke verwandt worden sind, Zeugniß giebt von einer überaus fehlerhaften und höchst gefährlichen Finanz-Verwaltung.

Ebenso wird jeder Kassenbeamte einräumen, daß bei einer geordneten Finanz-Verwaltung jede Anleihe nur zu dem Zwecke verwandt werden darf, zu welchem sie contrahirt ist.

Endlich wird jeder Kassenbeamte darin beipflichten, daß eine Finanz-Verwaltung, welche bei einem Jahresetat von 3650000 M. jährlich außer dem Etat über eine Million M. für außerordentliche Zwecke verbraucht, welche inzwischen aufgetaucht sind, und welche außerdem große Summen für bleibende Anleihen bewilligt, die größten Gefahren mit sich führt, und nothwendig in kurzer Frist zum Bankerotte der Stadt führen muß, wenn nicht ganz andere Wege eingeschlagen werden.

Die Minorität fordert daher eine Aenderung in der Finanz-Verwaltung der Stadt. Die jetzige Majorität der Stadtverordneten-Versammlung ist es, der die Stadt dies verderbliche System verdankt. Die Minorität fordert daher eine Aenderung in der Majorität. Von der **ersten und zweiten** Wahlabtheilung wird es abhängen, welche Männer in die Stadtverordneten-Versammlung neu gewählt werden. Die erste und zweite Wahlabtheilung wird demnach die **Verantwortung tragen** für das Finanzsystem, welches die Stadt weiter verfolgt. Mögen diese Abtheilungen daher ihre Schuldigkeit thun.

Die Minorität ist weit entfernt zu fordern, daß diese Abtheilungen Männer der Bürgerpartei wählen sollen. Mögen sie ruhige, besonnene Männer wählen, die den Bankerott der Stadt nicht wollen und die fern vom dem Kampfe der bisher bestanden, Frieden herstellen wollen zwischen den Parteien, welche nur das Wohl der Stadt Stettin und das Aufblühen ihrer Finanzen im Auge haben ohne jede Rücksicht auf irgend ein persönliches oder Partei-Interesse.

Die fehlerhafte Finanzwirthschaft der letzten Jahre hat denn auch den Steuerdruck in ganz ungemessener Weise vermehrt. Eine Schuldenlast von 10600000 M. erfordert zur Verzinsung mit $4\frac{1}{2}$ pCt. jährlich 474300 M. zur Amortisation mit 1 pCt. jährlich 106000 M., im Ganzen also jährlich 580300 M. Die ganze Klassensteuer und Einkommensteuer, welche der Staat aus Stettin bezieht, beträgt jährlich nach dem Etat pro 1878 (S. 248) nur 560625 M. Es könnte also, wenn die Stadt keine Schulden besäße, fast die ganze Kommunal-Einkommensteuer erlassen werden. Mit anderen Worten nach dem genannten Etat betragen die ganzen Kommunalsteuern (Einkommensteuer, Gebäudesteuer und Gewerbesteuer) pro 1878 bis 1879 zusammen 870750 M. Von diesen ganzen Steuern werden also volle zwei Drittel allein zur Verzinsung und Amortisation der jetzigen Stadtschulden gebraucht.

Es könnten zwei Drittel der gesammten Kommunalsteuern erlassen werden, wenn nicht die städtischen Behörden eine so gewaltige Schuldenlast contrahirt hätten. Oder mit anderen Worten von den gesammten städtischen Steuern kommen allein zwei Drittel auf die Verzinsung und Amortisation der gemachten Schulden.

Wir kommen nun noch zu der letzten Frage: Sind denn die contrahirten Schulden wirklich nothwendig und nützlich für die Stadt gewesen? Auch diese Frage muß leider großentheils verneint werden. Die Bauten sind großentheils so theuer und unpraktisch aufgeführt, daß sie für sehr viel geringeren Betrag hätten besser und praktischer ausgeführt werden können. Wir werden diesen Satz bei einer anderen Gelegenheit ausführlich beweisen, hier führen wir denselben nur vorläufig und ohne Beweis an, und behalten uns die Begründung und Nachweisung desselben ausdrücklich für eine andere Gelegenheit vor.